



An die
Geschäftsstelle des Gemeinderats

Antrag: Klient*innen-Service in der Ausländerbehörde (Verfasserin: Lavinia Munteanu)

Die Zahl der in Tübingen lebenden Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit hat in den letzten Jahren zugenommen, dieser Zuwachs spiegelt sich jedoch nicht in einer angemessenen Art und Weise in der Zahl der Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde unserer Stadt wider. Seit Beginn der Pandemie wurde dem Integrationsrat von einer eingeschränkten Erreichbarkeit der Behörde berichtet: Die Bearbeitungszeit der Anträge ist lang und eine Auskunft (ob telefonisch oder per E-Mail) über den Stand der Bearbeitung ist schwer zu bekommen. Wir begrüßen die von Seiten der Stadt bereits vorgenommenen Verbesserungsansätze und die Kooperation mit dem „AK Ausländerbehörde“, sehen jedoch in diesem Bereich Handlungsbedarf. Mit unserem Antrag möchten wir auf das Recht der Menschen auf analoge Auskunft hinweisen und schlagen folgende Maßnahme vor:

Ein Klient*innen-Service, der vor Ort Auskunft gibt, soll in der Ausländerbehörde eingerichtet werden. Der/die Beschäftigte an dieser Service-Stelle sollte nicht inhaltlich in die Anträge einsteigen, sondern insgesamt die Kommunikation der Klient*innen mit der Ausländerbehörde erleichtern. Dringende Situationen, welche z.B. durch eine lange Bearbeitungszeit der Anträge für die betroffenen Menschen entstehen, sollten durch den Klient*innen-Service an den/die zuständige Mitarbeiter*in der Ausländerbehörde kommuniziert werden. Auch sollte der Klient*innen-Service Einsicht in die Akte nehmen können sowie die Befugnis haben, Termine vereinbaren zu dürfen (zusätzlich zu den online verfügbaren Terminen). Ziel dieser Maßnahme ist, den Klient*innen einen Einblick über den Stand der Bearbeitung ihrer Anträge zu ermöglichen und Transparenz in die Vorgänge der Verwaltung hineinzubringen. Mehr Personal an der Schnittstelle zur Öffentlichkeit bringt Wertschätzung gegenüber Menschen, die von den Ergebnissen der Tätigkeit dieser Behörde abhängig sind, zum Ausdruck.

Der Antrag wurde einstimmig, auch mit den Stimmen aller gemeinderätlichen Mitglieder des Integrationsrats,

Sara Cristina da Piedade Gomes (Die FRAKTION),

Alice Dorison (CDU),

Ernst Gumrich (Tübinger Liste),

Dorothea Kliche-Behnke (SPD),

Aslı Küçük (AL/Grüne),

Anne Kreim (FDP) und

Gitta Rosenkranz (Linke),

im Integrationsrat beschlossen.

Folgende Institutionen unterstützen den Antrag:

Anlaufstelle K.I.O.S.K. der kit jugendhilfe Tübingen

Asylzentrum Tübingen e.V.

Diakonisches Werk Tübingen

InFö e.V.

Plan.B / moveon - menschen.rechte tübingen e.V

Für den Integrationsrat

Deniz Tekin, Sprecher